

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Traugottstr. 17.
Telef. 6002. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Telef. 5407. Postfachnummer 871. 11092

Nr. 167

Abonnementpreis: Durch Anwärter zugestellt monatlich 600 Mk., einschließlich Postgebühren. Für Abnehmer 550 Mk. Durch Postwegung im Vierteljahr 18.—, monatlich 600 Mk. einjährig 6000 Mk.

Halle, Mittwoch, den 20. Juli 1921

Anzeigenpreis: Im allgemeinen umgerechnet kostet das Millimeter 60 Pfg. bei längeren Aufträgen im bezugsfertigen Textteil 2,50 Mk. Schluss der Anzeigenannahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang

Das obereschlesische Pulverfaß.

Die Einigung zwischen England und Frankreich über Obereschlesien, die zu Beginn dieses Monats nahezu erreicht erschien, ist wieder in die Brüche gegangen. Man hat sich über die Obereschlesien ebensowenig einigen können, wie über die Wirtschaft. Wenn jetzt die französische Presse aus Kleinfrankreich die Siege, die englische Presse aus Kleinasien die Siege meldet, und wenn zugleich die englische Presse auf die Entscheidung über Obereschlesien drängt, die französische sie hinauszuschieben versucht, so besteht zwischen diesen Dingen ein unerbittlicher Zusammenhang. England und Frankreich waren seit Beginn des Krieges niemals uneinig, als sie es in diesem Augenblick sind.

Der Schluss jedoch, daß Deutschland in der obereschlesischen Frage aus dieser Uneinigkeit Gewinn ziehen könnte, wäre überflüssig. Ausserdem falls man sagen mag: Wenn England jetzt die Entscheidung über Obereschlesien noch vor dem 1. August durchsetzt, so wird diese Entscheidung etwas weniger schmerzhaft ausfallen, als sie voraussichtlich ausfallen würde, wenn Frankreich in der Frage des Termins seinen Willen durchgesetzt hätte.

Die deutsche Forderung geht dahin, daß Obereschlesien, nachdem es sich mit Stimmenmehrheit für Deutschland entschieden hat, auch ungeteilt bei Deutschland verbleiben müsse. Dieser Standpunkt läßt sich zwar ausgeführt begründen, er wird aber von keiner der Mächte, die die Entscheidung gemeinsam in Händen halten, geteilt. Das höchste, was England vertreten zu können glaubte, war, daß nur die Strecke Pösch und Rhönit von Deutschland abgetrennt werden, das übrige Obereschlesien mit dem Industriegebiet Deutschland verbleiben solle. Italien aber wollte unter der französischen Leitung des Grafen Sforza eine Teilung des Industriegebietes in der Weise, daß nur der kleinere Teil Deutschland verbleiben würde. Wie sich die neue italienische Regierung zur obereschlesischen Frage stellt, ist nicht bekannt. Rumänien und Kleinasien sind ihr natürlich viel wichtiger.

Einstweilen ist überhaupt nicht abzusehen, wie die Entscheidung herbeigeführt werden soll in der Art, die in den §§ 5 und 6 des Artikels 88 des Friedensvertrages vorgeschrieben ist. Danach soll die Interalliierte Kommission über die als Grenze Deutschlands in Obereschlesien anzunehmende Linie einen Vorschlag erlassen, und dann soll die Grenzlinie von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgelegt werden. Ein Vorschlag der Interalliierten Kommission, auf den sich die Entscheidung des Obersten Rates stützen könnte, existiert überhaupt nicht. Und ebenso unklar ist die Frage, ob ein Beschluß nur durch Übereinstimmung aller oder auch durch Mehrheit gefasst werden kann. In Frankreich nimmt man das letztere an, das natürlich sehr bequem ist, denn dann kann ein Beschluß über Obereschlesien, der den Franzosen nicht gefällt, überhaupt nicht gefasst werden. In England dagegen erklärt man den Beschluß durch Mehrheit für möglich, was wiederum bedeutet, daß Frankreich ausgeschlossen wird, wenn es England gelingt, Italien auf seine Seite zu bringen. Es ist klar, daß bei einer solchen Verwicklung der Dinge die reine Gerechtigkeit dasjenige ist, woran zuallererst gedacht wird. Für jeden der drei Staaten, von denen eigentlich Obereschlesien Schicksal abhängt, ist Obereschlesien weiter nichts als ein einzelner Gegenstand in einem großen Interessenkomplex. Und dabei ist das eigene Interesse Englands und Italiens daran, daß Obereschlesien zum größeren Teile deutsch bleibt, viel geringer als das eigene Interesse Frankreichs daran, daß der größere Teil polnisch wird. Polen hat Frankreich zum Bundesgenossen, der ihm vertraglich verpflichtet ist und mit ihm durch die und dünne geht. Weder eine gleich starke Hilfe verfügt Deutschland nicht.

Aus Obereschlesien selbst stimmen die Berichte dahin überein, daß man dringend eine baldige Entscheidung wünscht. Ist es auch noch ungewiß, ob diese Entscheidung dem gewünschten Land die ersehnte Ruhe bringen wird, so ist doch gewiß, daß keine Ruhe eintreten kann, solange die Entscheidung noch so schwebt. Ein Hinauszögern bis zum Herbst könnte die Folge haben, daß Polen den Versuch, in Obereschlesien vollendete Tatsachen zu schaffen, noch einmal wiederholt. Eine scheinbare moralische Rechtfertigung für ein solches Vorgehen erwartet man von D. M. M. in dem deutschen Selbstschutz, auf die man hofft. Die letzte Note der französischen Regierung und das angebliche Auftreten des Botschafters Laurent vor dem Minister Dr. Rosen läßt schon klar genug diese tatsächliche Linie erkennen. Es ist der deutsche Wolf, der das politische Lamm zu überfallen droht, und im gemeinen Augenblick wird dann Frankreich wieder einmal mit einem glücklichen Verbindenden um die geblühten Rechte der Menschheit kämpfen. Das Spiel ist im großen schon einmal gespielt, der Gedanke, es im kleinen zu wiederholen, ist lödlich.

Wenn England jetzt nach einer raschen Entscheidung drängt, so ist das wahrscheinlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß man in England die Folgen einer neuen Verschleppung klar voraussieht. Allerdings sind die möglichen Folgen der Entscheidung selbst kaum minder kritisch. Der Frieden von Versailles ist zum Querschnitt des Unfriedens für jene selbst geworden, die ihn geschaffen haben.

Gegen die französische Obereschlesienpolitik.

London, 19. Juli. (W.B.) „Daily Express“ vertritt von zutüchtiger Seite gehört zu haben, daß in den Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich insolge der Differenzen über die obereschlesische Frage eine zunehmende Spannung eintritt.

Die „Times“ schreibt in ihrem Leitartikel, schnelle Regelung des obereschlesischen Problems sei nach wie vor erforderlich, insofern sie zugeben, daß die Lage, wie sie in der französischen Note geschildert sei, ein vorübergehendes energieloses Auftreten der Alliierten erfordere. Jedoch müsse betont werden, daß auf jeden Fall ein engeres Zusammenwirken zwischen Frankreich und England von höchster Wichtigkeit sei. Die „Times“ behauptet jedoch, und ab auf dieser Kontexte die Forderung des Obersten Rates fortgesetzt werden sollen. Das Blatt richtet einen scharfen Appell an Frankreich, die Politik des Einhaltens aufzugeben, damit Frankreich und England einig nach Washington gehen könnten.

„Westminster Gazette“ schreibt: Die Entsendung neuer Truppen, um die Deutschen in Ordnung zu halten, bringt uns der Lösung nicht näher, wenn nicht die gleiche Maßnahme gegen die Polen angewandt wird. Eine erneute Zusammenkunft von Sachverständigen kann nur den einen Erfolg haben, eine neue Verzögerung herbeizuführen. Ein Kompromiß zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt ist in wirtschaftlicher und in sozialer Beziehung lächerlich, da es ein Gebiet auseinanderreißen würde, das wirtschaftlich zusammengewachsen ist. Aber alles andere ist besser, als die Fortdauer der gegenwärtigen Unfriedlichkeit. Das Blatt fragt zum Schluß, ob vielleicht die obereschlesische Frage, die der Zwangsmaßnahmen und der Verletzung von Verträgen bis zur Wahrscheinlichkeitsgrenze unerschließbar bleiben sollten, fortgesetzt werden sollen. Das Blatt richtet einen scharfen Appell an Frankreich, die Politik des Einhaltens aufzugeben, damit Frankreich und England einig nach Washington gehen könnten.

„Evening Standard“ schreibt: Offenbar plane Frankreich die einseitige Lösung des Problems. Das Blatt sagt, der Krieg ist doch schließlich fast beinahe drei Jahren zu Ende. Unter diesen Umständen erhebe das Argument, die technische Kommission habe keine ausreichende Zeit gehabt, abzurufen. Es sei gefährlich, bei der deutschen Regierung und besonders bei den Führern der deutschen Freigedanken den Eindruck zu erwecken, daß Frankreich auf eigene Faust vorgehe. Deshalb müsse Frankreich ebenso höflich wie ernst darauf hingewiesen werden, daß der einzige Weg zu sicheren Zusicherungen in einem gemeinsamen Vorgehen der Alliierten liegt, und daß dieses Vorgehen auf eine festgelegte und endgültige Regelung der obereschlesischen Frage abzielen werden müßte.

Das aufgelöste Stadtparlament.

Die Ungültigkeitserklärung der Berliner Stadt- und Bezirksparlamenten vom 20. Juni 1920 durch das Oberverwaltungsgericht ist nicht nur in verwaltungsrechtlicher, sondern auch in politischer Beziehung ein interessantes Ereignis. Die Gültigkeit der Wahlen zum Groß-Berliner Stadtparlament war seiner Zeit vom Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei in der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung, v. Gerner, angefochten. Die Anfechtung richtet zugleich auch gegen die Bezirksverordnetenwahlen, die im selben Wahlakt mit den Stadtverordnetenwahlen vorgenommen worden waren. Nachdem am 27. Januar eine Vorinstanz, der Bezirksauswahlschuss, zwar die Bezirksverordnetenwahlen für ungültig, die Stadtverordnetenwahlen aber für ungültig erklärt hatte, hat das Oberverwaltungsgericht durch sein heute publiziertes endgültiges Urteil beide Wahlen für ungültig erklärt.

Die Klagen von der Deutschen Volkspartei hatten behauptet, daß niemandem die Stimmen widerrechtlich für gültig erklärt worden seien. Dadurch habe sich die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen erhöht und der Wahlquotient zu Ungunsten der bürgerlichen Parteien geändert. Nach dem Urteil

des Oberverwaltungsgerichts hatte die Stadtverordnetenversammlung damit ihre Befugnisse überschritten und demzufolge wurden die genannten Wahlen für ungültig erklärt.

Damit sind die Mandate des 225 Mitglieder zählenden Berliner Stadtparlaments, ebenso jene der einzelnen Bezirke der Stadt, erloschen, und zugleich werden die Mandatsinhaber ihrer Amt, während die für zwölf Jahre gewählt worden sind, während die für vier Jahre gewählt worden sind, Mandatsinhaber ihrer Mandate beraubt. Das Berliner Stadtparlament hat also nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts keine Mandate mehr, bis im Herbst eine neue gewählt sein wird.

Das erste demokratische Stadtparlament des neu vereinigten Groß-Berlin war vierzehn Tage nach den Reichstagswahlen gewählt worden. Die Unabhängigen, deren Kritik an der sozialdemokratischen Koalitionspolitik in der Arbeiterkammer viel Gehör gefunden hatte, fanden damals auf der Höhe ihrer Kräfte. Und so kam es, daß sie in dem seit höher her „radikalen“ Berlin mit 87 Mandaten die weitaus stärkste Fraktion werden konnten, die Sozialdemokratie blieb mit 40 Mandaten weit hinter ihnen zurück. Das vergangene Jahr wurde aber für die Unabhängigen ein Jahr des Sturms und Drangs, eine kommunalpolitische Fraktion splittierte sich infolge der Spaltung von Halle ab, und der immer noch über 60 Köpfe zählende Rest lag sich zwischen rechts und links hin- und hergeworfen. Das Zusammenarbeiten der beiden sozialdemokratischen Fraktionen gescheitert, hat daher keineswegs besonderes ruhig und fruchtbringend. Schon die Wahl des neuen Oberbürgermeisters an Stelle des zurückgetretenen Bernuth hat Anlaß zu einem Konflikt, da die Unabhängigen ihren Fraktionsvorsitzenden, dem Stadtverordnetenordner Dr. Wehl, zu diesem Posten verheissen wollten, während die Sozialdemokraten diese Persönlichkeit für höchst ungeeignet hielten und mit den Bürgerlichen zusammen die Wahl des bisherigen Stadtkämmerers Beck zum Oberbürgermeister durchsetzten. Die Sozialdemokratie bemühte sich, in die arg zerrüttete Verwaltung der Stadt, besonders in seine Finanzen, wieder Ordnung hinein zu bringen, während die Unabhängigen gegen alle Anordnungen, die an den Etat der Stadt gestellt wurden, nur eine sehr geringe Widerstandskraft zeigten. Das Verhältnis zwischen den beiden Fraktionen wurde auch nicht viel besser, seit die Unabhängigen in Reich und Staat ihre Stellung gehindert und der Sozialdemokratie näher gekommen waren. Noch ganz zum Schluß kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, weil die Unabhängigen den Etat der Stadt ablehnten und die Sozialdemokratie infolge dessen, wenn sie nicht alles der Anarchie anheimfallen lassen wollte, genötigt war, die bürgerlichen Parteien zur gemeinsamen Annahme des Etats mit ihr zu bewegen. Durch diese Selbstauflösung der größten sozialistischen Fraktion wurde natürlich die Macht der bürgerlichen Parteien beträchtlich gesteigert.

Jetzt begrüßt die bürgerliche Presse ohne Unterschied der Partei die Ungültigkeitserklärung der Groß-Berliner Wahlen mit einem wilden Triumphgeschrei. Sie hofft, bei den nächsten Wahlen, die im Oktober dieses Jahres stattfinden dürften, die sozialistische Mehrheit sprengen zu können, wozu sie die Erhebung von etwas mehr als einem Duzend Mandaten bedarf. Einmalen freilich erscheint es als geradezu unhoffbar, daß in dem „roten Berlin“, in dem schon in der Kaiserzeit die Sozialdemokratie über eine gemaltige Mehrheit verfügte, sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen die sozialistischen Parteien entscheiden könnte. Eine solche Folge der Spaltung — denn sie allein trägt die Schuld, daß eine derartige Gefahr überhaupt besteht — wäre für die sozialistische Bewegung in ganz Deutschland ein schwerer Schlag.

Die Sozialdemokratie wird in dem kommenden Wahlkampf alles tun müssen, um einen Sieg des Bürgerturns zu verhindern, zugleich aber auch alles, um ihre Einflusssphäre nach links hin weiter auszuweiten. Denn die Unabhängigen haben — das muß bei allem Wehreden, den Frieden zwischen den beiden Parteien herzustellen, doch offen ausgeprochen werden — das Probejahr des demokratischen Berlin schlecht bestanden, die zur Führung notwendige Reife und Umficht nicht gezeigt und der Sache des Sozialismus keine guten Dienste erwiesen. Die Berliner Sozialdemokraten sind voller Zuversicht und bebenden den Wahlkampf reichlich ohne persönliche Gewinnhaftigkeit zu führen. Immerhin muß man die Möglichkeit rechnen, sie mag in einem lieb oder unlieb sein, daß sich bei den Kommunalwahlen in der Reichshauptstadt Reichungsgläubigen bilden werden, und daß sich die Wirkung davon auch über die Groß-Berliner Stadtgrenze hinaus ausbreiten lassen wird.

Die Belgier kommen nach Ostl...

Brüssel, 19. Juli. (Agence Belge.) Der Generalkommandant der Sozialistischen Partei Belgien...

Die Folgen der Brotpreiserhöhung...

Der „Vorwärts“ deutet auf eine bevorstehende Lebensmittelbeschränkung mit dem Brotpreiserhöhung hin...

Ein Vorstoß gegen das Konstitutionsrecht der Soldaten...

Das Reichswehrministerium hat folgende Verfügung erlassen: Am Grund des § 37 des Wehrgesetzes...

wirtschaftlichen Maßnamen besteht. Die übrigen Schiffe liegen in verschiedenen Häfen...

Nach Kriegsverbrechen...

Die Dortmunder „Westfälische Volkszeitung“ berichtet über eine Gerichtsverhandlung: Der Befehlser des Luchse Etappe...

Nach den Vorstellungen Wands soll der Heeresanwaltschaft Dr. Authenrieth gegen Soldaten außerordentlich strenge gemessen sein...

Vom dem Kriegsgerichtsdirektor Dickmann ist ein Befehl ausgeht, dass jeder ein Wehrdienstverweigerer...

Dem General v. Schickfuß wird der Anklage vor, daß er sich von Dittmann habe beeinflussen lassen...

Nach Beilegung der die angebliche Verabigung enthaltenden Artikel stellte der Anklage eine ganze Anzahl von Beweisanträgen...

Kriegsgerichtsdirektor Dickmann führte aus, daß er nicht gegen den Text an sich, sondern nur von der Seite unter der das Bett geschieht...

und die Lotteriewirtschaft hinter der Front anzugehen, während zu gleicher Zeit Tausende von Soldaten...

Kriegserklärung der R. V. P. D. an die 3. Internationale...

Der Kongreß der Dritten Internationale in Moskau hat bekanntlich an die kommunistische Arbeiterpartei die Aufgabe...

Das hat der 3. Weltkongreß dadurch bewiesen, daß der Brandler, diesen Beleg und Vertreter an den Kampfern...

Das hat der 3. Weltkongreß dadurch bewiesen, daß er die antiautoritären Sozialdemokraten, dieses parlamentarische...

Die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands wird nicht müde werden, diese 3. Internationale, wie bisher von innen...

Notizen...

Konstantin in Paris. Konstantin ist vorzuletzt in Luzern durch in Paris einetroffen. Der Zweck seiner Reise liegt offen zu Tage...

Amner nach Gruntau. Aus Breslau, haben in den letzten Tagen in einzelnen Gegenden des Kreises Gleiwitz wiederum...

Die deutsche Handelsmission nach Moskau. Wie die Deutsche Käsemission, jetzt hat der Reichsinvestitor Dr. Rittenberg...

Waffenlager in Frankfurt am Main. Unter den aufgefundenen Gewehren und Munitionsvorräten im Keller des Wöblers...

Munitionsexplosion. Ein schweres Explosionsunfall ereignete sich am dem Schießplatz Widau bei Königswehden...

„König Röhle.“

Roman von Upton Sinclair. (Nachdruck verboten.)

(73. Fortsetzung.) „Ich muß Ihnen etwas sagen,“ bemerkte sie plötzlich. „Vor einigen Tagen wurde ich auch, wie es zu sagen, nur aber kann ich es nicht.“

für das Sie leben und kämpfen können, während das andere Mädchen... Er hatte einen Augenblick, da er seiner Gedanken über dieses Thema nicht wider war.

Ich hätte ein glütziges Herz, freundliche Worte. Wollen Sie nicht die Wahrheit erfahren? Sie fragte, Sie seien hergekommen, um die Wahrheit kennen zu lernen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Rechtsmittel im Mietrecht.

Von Friedrich Klees.

Die Wohnungsnot führte zur Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Wohnungsamt und Mietvermittlungsgesamt sind die Organe, mit denen diese Notlage am besten zu bekämpfen ist. In ihnen zielt die Rechtsmittel im Mietrecht auf die Beseitigung der Wohnungsnot ab. Sie sind die einzigen, die sich der Zwangswirtschaft entgegenstellen, überwinden zu können. Mit den Maßnahmen der Wohnungs- oder Mietvermittlungsgesamter ist stets der eine oder andere Teil der freirechtlichen Interessen nicht einbezogen. Deshalb ist die Frage von Wichtigkeit, welche Rechtsmittel vorhanden sind, um gegen die Anordnungen vorgehen zu können.

Die rechtlichen Grundlagen des Mietrechts sind ziemlich verwickelt. In Frage kommen hauptsächlich die Mietrechts-Verordnung und die Wohnungsamt-Verordnung. Beide sind wiederum durch Erzeugnisse ausgefüllt worden. In Betracht kommt hauptsächlich das Mietgesetz vom 11. Mai 1920 über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. Man muß auseinanderhalten, daß Wohnungsmangel und Mietmangel zwei ganz verschiedene Einrichtungen sind. Erstere ist eine Anordnung der Gemeindebehörden, also eine Verwaltungsmaßnahme. Das Mietmangel dagegen hat den Charakter eines unabhängigen Gerichts, wenn es auch von der Gemeinde unterhalten wird. Hieraus ergibt sich schon, daß das Wohnungsmangel, wie jede andere Verwaltungsmaßnahme, vorgelegte Stellen hat, das Mietmangel aber vollständig selbständig ist. Beim Wohnungsmangel besteht somit allgemein ein Weg der Rechtsmittel, den man einschlagen kann, wenn man seine Maßnahmen abgelehnt hat. Dies ist zunächst die Beschwerde, in erster Linie an den Gemeindevorstand (Magistrat), sodann an dessen Aufsichtsbehörde. Letztere ist bei den kleineren Orten der Landrat, bei den freirechtlichen Städten aber der Regierungspräsident. Die jeweils vorgelegte Stelle prüft die Beschwerde, und wird sie zurückgewiesen, so läßt sich nichts anderes machen, als an die nächste Stelle Beschwerde einzulegen, wenn es noch eine solche gibt.

Für die meisten Streitfälle gibt es aber noch eine andere Stelle, die gegen Anordnungen des Wohnungsamtes angezogen werden kann: Das Mietvermittlungsgesamt. Bei ihm können alle jene Maßnahmen angefochten werden, die ergangen sind. Es sind dies vor allem Befehlsgenahmen von Wohnräumen und andere Verfügungen, durch die das Mietmangelrecht eines Berechtigten beeinträchtigt wird, beispielsweise auch die Verbote, Gebäude oder Teile solcher abzubauen, Wohnräume zu anderen Zwecken zu benutzen usw.

Das Mietvermittlungsgesamt entscheidet endgültig und es ist gegen seine Maßnahmen keine Berufung anhängig, schon weil es gar keine Berufungsbefugnisse hat. Es wird aber doch hier und da die Möglichkeit gegeben (vergl. Gesetz und Recht, 1921 S. 155), daß in den Fällen eine Beschwerde gegen die vom Mietvermittlungsgesamt getroffenen Entscheidungen an die Aufsichtsbehörde der Gemeinde zulässig ist, in denen es sich um Klagen gegen Maßnahmen des Wohnungsamtes handelt und von vornherein unter Berufung auf das Mietvermittlungsgesamt die Beschwerde an seine Aufsichtsbehörde anhängig wäre. Es wird hier also durch die Zustimmungsstelle des Mietvermittlungsgesamtes eine Einspruchsstelle mehr geschaffen. Doch muß hier geltend gemacht werden, daß diese Ansicht nicht allenfalls nachträglich erklären, daß jeweilige Beschwerden gegen irgendeine Entscheidung des Mietvermittlungsgesamtes unzulässig ist, gleichviel um was es sich handelt. Dieser Satz auch eine Folge der Tatsache, daß die Wohnungsmangelmaßnahmen der anderen Verfügungen zulässig sind. Davon kann natürlich auch kein Rede sein. Erinnert man sich an den Streitfall, um eine private Angelegenheit des Vermieters mit dem Mieter (siehe weiter unten) und dann dürfte auch das Urteil nicht viel Nachdenken finden. Es sind jedoch vielfach Bestrebungen hervorgerufen, die sich schon zu Anfang im Reichstag verhandelt haben, eine Berufungsstelle für Urteile der Mietvermittlungsgesamter zu schaffen. Bis zur Stunde bestehen sie aber noch nicht.

Nach § 9b des Reichsgesetzes vom 11. Mai 1920 können die zur Beseitigung des Wohnungsmangels getroffenen Verfügungen im Wege unmittelbarer polizeilicher Zwanges durchgeführt werden. Kommt also derartige, dem abgelehnten, eine Wohnung zu räumen, der Ausführung nicht nach, so kann die Räumung durch die Wohnungsmangelbehörde angeordnet werden. Es ist hierzulande, eine Gegenmaßnahme anzuwenden und schließlich auch gegen solche Verfügungen, durch die ein polizeilicher Zwang angeordnet wird, ist die Beschwerde an das Einigungsamt zulässig.

Vor dem Mietvermittlungsgesamt können auch Vergleiche abgeschlossen werden. Diese unterliegen gleich dem vor einem Gericht abgeschlossenen Vergleich der Zwangsvollstreckung. Das Einigungsamt fällt aber auch Entscheidungen wie ein Gericht, und sie sind endgültig. Sie können durch keinerlei Rechtsmittel angefochten werden. Nicht einmal eine Nachprüfung, ob die Entscheidung des Mietvermittlungsgesamtes allen gesetzlichen Vorschriften entspricht, ist möglich. Anders ist die Rechtslage, wenn das Mietvermittlungsgesamt seine Zuständigkeit übertrifft. Geht es, so ist die Entscheidung nicht rechtskräftig. Solche Übergriffen sind nur deshalb möglich, weil das Mietvermittlungsgesamt auf fremde Rechtsgebiete tätig ist, die vor einem anderen Gericht gehören. Ein Grund ist richtig, sei es oder nicht, aber ein Mietvertrag aufgekündigt werden kann, weil der Mieter sich die Aufkündigung gegen den Hausbesitzer selbstig gemacht hat. Im Gegensatz zu den Vergleichen sind die Entscheidungen des Mietvermittlungsgesamtes nicht vollstreckbar, wenn es sich um Streitigkeiten aus privaten Mietverträgen zwischen Mieter und Vermieter handelt. In solchen Fällen müssen die Urteile erst noch dem Amtsgericht zur Befestigung vorgelegt werden, um die Möglichkeit der zwangsweisen Vollstreckung zu erlangen. Das geschieht zwar äußerlich in der Gestalt der Klage, ist aber nur meist eine Formfrage. Rechte sich der Streit vor dem Mietvermittlungsgesamt um eine angeordnete Nachprüfung des Wohnungsamtes, so ist die Entscheidung des Mietvermittlungsgesamtes ohne weiteres vollstreckbar.

In gewissen Fällen kann das Mietvermittlungsgesamt auch selbst Verfügungen treffen, z. B. Mieter, Hypothekenschuldner usw. zu Auskünften anhalten. Glaubt ein Berechtigter Grund zu der Annahme zu haben, daß ein Mitglied des Mietvermittlungsgesamtes, vielleicht ein Beisitzer, „berungen“ ist, so hat er das Recht ihn abzulehnen, ebenso den Richter. Letzteres kann deshalb eintreten, weil die Vorstehenden oft am leiten und oft mit den Parteien in Geschäftsverbindung stehen. Alles in allem ist es dringend nötig, die Grundlagen und das Verfahren mündelns der Mietvermittlungsgesamter recht bald besser zu ordnen und zu vereinheitlichen.

Sozialistische Bauernpolitik.

Von Peter Lindemann.

Es gibt nur einen Weg zur dauernden Überwindung der feudalfürstlich-agrarischen Reaktion. Er heißt: Trennung der kleinbäuerlichen Gesellschaft von der gehobenen Großlandwirtschaft und politische Mobilisierung der Landarbeiter. Das ist keine leichte Aufgabe, aber ihre Lösung ist die Vorbereitung zu jedem weiteren Fortschritt. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß den Vertretern des futuristischen Fortschritts die Macht zufließen werde, lediglich durch die industrielle Entwicklung, lediglich durch das Anwachsen der städtischen Arbeiterklasse. Die Gewinnung der verlässlichen Landbevölkerung ist unentbehrlich zur Überwindung der politischen Macht.

Mit diesen Worten teilte E. Duard David sein nun schon halb 20 Jahre altes Werk über Sozialismus und Landwirtschaft. Es ist merkwürdig, wie lange oftmals politische Selbstverständlichkeiten brauchen, um sich als anerkannte Wahrheiten durchzusetzen. Der verhängnisvolle Irrtum, gegen den sich der sozialistische Theoretiker David vor nahezu zwei Jahrzehnten zu wenden mißte, glaubte, herabstufte heute noch in weiten Parteitritten, die sich in ihrer organisatorischen und agitatorischen Werbearbeit nicht freimachen können von traditionellen Auffassungen und Anschauungen, die in der sozialdemokratischen Partei seit Jahrzehnten vielfach dominierten. Gemäß: Die Sozialdemokratie ist praktisch und politisch zunächst als eine reine Bewegung der Industriearbeiterklasse zu sehen. Sie mußte naturgemäß vor allem auf einem Produktionsgebiete wirken, wo die kapitalistische Entwicklung den größten Aufbruch gefunden, wo die verderblichen Folgen des Kapitalismus am greifbarsten, wo die sozialen Verhältnisse am schlimmsten zutage traten und am meisten nach einer Umgestaltung im Sinne des Sozialismus drängten. Diese Tatsachen, die zu leugnen niemals der Sozialdemokratie eingeleitet ist, geben unsern Gegnern, vor allem dem Zentrum, Gelegenheit zu der Behauptung:

Die Sozialdemokratie kümmerte sich um den Bauernstand überhaupt nicht;

sie sei als reine Arbeiterpartei dem Kleinbauern feindselig gesinnt und arbeite mit an seinem wirtschaftlichen Untergang.

Wer aufmerksam die Saltung der Sozialdemokratie studiert, der weiß genau, daß das Gegenteil der Fall ist. Die Sozialdemokratie ist an der kulturellen Werbung des Kleinbauern genau so sehr interessiert wie an dem wirtschaftlichen Fortschritt der Industriearbeiterklasse. Der Sozialismus ist eine Lehre, deren Endziel die Befreiung der gesamten Menschheit ist. Wenn die Sozialdemokratie ihr Ziel: die Bewirtschaftung des Sozialismus durch die Demokratie, wirklich erreichen will, dann muß sie den sozialistischen Gedanken auch hinaus auf's Land in kleinbäuerliche Kreise tragen. Der kleine selbstwirtschaftliche Bauer gehört wirtschaftlich und politisch zur Sozialdemokratie, weil nur sie seine Interessen konsequent und entschieden vertritt. Der Kleinbauer, der selber vom frühen Morgen bis zur späten Nacht schwer um des Lebens Notdurft ringen muß, unterdrückt sich von dem modernen Proletariat wirtschaftlich nur dadurch, daß er sich noch in Besitz eines Arbeitsmittels befindet. Diesen Kleinbauern zu entreißen, ihn zu proletarisieren, ist nicht das Bestreben der Sozialdemokratie, wohl aber

die Tendenz des Großgrundbesitzes.

Wer aufmerksam die Politik der agraragrarischen landwirtschaftlichen Organisationen verfolgt, der wird für diese Begründung manchen Nachweis bringen können. Er wird die Ernteharveste bringt der Gebante, daß der Kleinbauer auf Arbeit und Verdienst mit dem Industrieproletariat verbunden ist, immer mehr in die Hände der Kleinbauern. In den verschiedensten Gegenden Deutschlands haben sich Bestrebungen bemerkbar gemacht, die darauf hinauslaufen, den agrarischen Kleinbauernverbänden Organisationen der Landwirtschaft die Gesellschaft zu kündigen. In Bayern und Sachsen, in Hannover und im Rheinland sind eigene Organisationen der Kleinbauern entstanden, die nicht mehr gewillt sind, sich dem ihnen, wahren, wirtschaftlichen und politischen Interessen zumverlaufenen Diktat des Großgrundbesitzes zu fügen. In den politischen und wirtschaftlichen Kreisen Sachsen hat sich eine Bewegung entwickelt, die sich für die Befreiung der Kleinbauern zu kämpfen wollen. Diese Bauernorganisationen sind mit dem sozialdemokratischen Parteisekretär E. Duard David zu der Überzeugung gelangt, daß es nur einen Weg gibt zur dauernden Überwindung der feudalfürstlich-agrarischen Reaktion;

Die Trennung der kleinbäuerlichen Gesellschaft von den Händen der Großlandwirtschaft!

Diese Kleinbauern, die sich frei gemacht haben von agraragrarischer Bevormundung, fühlen inständig: Die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Sozialdemokratie sind auch Deine Interessen, der Kampf für die sozialistische Demokratie ist gleichzeitig auch ein Kampf für die Emancipation Deiner Klasse, der kleinbäuerlichen Bevölkerung. Was fordert diese Umwälzung, der größte Aufmerksamkeitspunkt gesendet werden muß, von der deutschen Sozialdemokratie? Abgesehen davon, daß die Partei die Pflicht hat, das Erwachen der Kleinbauern durch ein Klassenbewußtsein, zum politisch-sozialistischen Denken nach Möglichkeit zu fördern, ist es nicht notwendig, daß sich in der Arbeit der Sozialdemokratie theoretisch-wissenschaftlich und praktisch-agitatorisch eine neue Einstellung gegenüber

der Landwirtschaft bemerkbar macht. Das Agrarprogramm wird nicht mit „Rechtlinien für landwirtschaftliche Agrarpolitik“ gelöst. Was wir brauchen, ist ein klar und klar umrissenes Agrarprogramm, ist eine Agrarpolitik und Politik, die sich den tatsächlichen Verhältnissen in der Landwirtschaft anpaßt und die nicht durch alle Schablonenpolitik brauchen auf dem Lande mehr niederrückt als aufstaut. Die Sozialdemokratie soll eine Partei des freien schaffenden Volkes, sie will mit Ferdinand Freiligrath „Ehre jeder Hand voll Schwelmen und Ehre jeder noßen Stin hinterm Pfluge“. Und weil die Sozialdemokratie getreu ihrem programmatischen Bekenntnis eine Partei arbeitenden Volksgenossen sein will, deshalb haben alle verantwortlichen Parteimitglieder die Pflicht, mitzusehen und mitzuwirken, daß der Kampf der Kleinbauern gegen den Großgrundbesitz in Bahnen geleitet wird, die zweckmäßig zum Sozialismus führen.

Genossenschaftliches.

Zur dem britischen Genossenschaftstages.

Dieses Jahres hielt der Präsident Major eine bemerkenswerte Rede. Der Krieg sei zu Ende, aber der Klassenkampf werde unter wachsender Herrschaft der Feindschaft weitergeführt. Die Genossenschaftsbewegung müsse sich gegen die Feindschaft des Volkes, gegen die wenigen für die vielen. Als Genossenschaftliche müsse man jedem Widerstand gegen die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung Widerstand leisten. Die Genossenschaftsbewegung ist nicht die einzige Arme, die in der Richtung der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft marschiert. Wenn die Genossenschaftler als politische Gruppe hinhin wollten, müßten sie eine politische Organisation schaffen, die instand sei, nicht nur die Interessen der Genossenschaftsbewegung zu verteidigen, sondern auch einer aggressiven Politik Wirkung zu verleihe, die bewußt darauf gerichtet sei, das Wesen der genossenschaftlichen Gesellschaft zu befechtigen. Die völlige Abschaffung von Steuern, Zinsen und Profitt werde zu irgendeiner Zeit ein Ergebnis des Kollektivismus und der genossenschaftlichen Organisation. Aber man müsse ernst arbeiten an der Beseitigung der Grundursachen sozialer Ungleichheit; der Fortschritt der sozialen Anarchie der Anarchie und des Individualismus zur sozialen Ordnung der Genossenschaft müsse durch evolutionäre Entwicklung, nicht durch revolutionäre Gewalt herbeigeführt werden. Weiter wies Redner auf die Notwendigkeit der Befestigung der genossenschaftlichen Bildung und der Befreiung und der Beseitigung des Eigentums hin. Auch in der Internationalen müsse und werde sich eine Entwicklung vollziehen, wie von dem würdigen Sprecher der Modeller Ploniere zur heutigen Machtstellung. Man müsse nur die Genossenschaftsbewegung von höherem Gesichtspunkte betrachten! Man müsse ernst die genossenschaftlichen Grundidee anwenden; sie seien eine vollständige Philosophie des sozialen Lebens, ein lebendes Evangelium, das alles umfasse, was nötig sei zur Heilung der Völker und zur Erziehung der Menschheit.

Aus aller Welt.

Ein englischer Dampfer auf eine Mine gelassen. Aus Contango mit gemeldet, daß der englische Dampfer General Turner, der eine Gesteinsabladung führte, auf eine Mine gelassen und untergegangen ist.

Großer Waldbrand. In der Nähe des Truppenübungsplatzes Meiningen ist gestern ein Waldbrand ausgebrochen, der in kurzer Zeit eine enorme Ausdehnung genommen und bis jetzt ungezügelt 6000 Morgen Waldbrand ergriffen hat. Die Baracken haben zum Teil in Flammen. Das Feuer nimmt immer mehr Ausdehnung an. Entlang der Brandgrenze sind die Umwohnenden der Militärerie. Infolge der Hitze sind das Feuer in dem Waldesrande keine Mähung und dehnte sich auf ca. 6000 bis 6000 Morgen aus. Zur Bekämpfung des Brandes wurden außer Reichswehretruppen 200 Mann Reservepolizei auf Lastwagen zur Bekämpfung der wüsten entzündeten Reichswehretruppen herangezogen.

Feuertat bei Berlin. In den letzten vierundzwanzig Stunden wurden aus der nächsten Umgebung Berlins neun Waldbrände, darunter zwei größere, gemeldet. In einer Stelle brannte etwa ein Hektar Haubendorn. Als Ursache wurde unvorsichtiges Abwerfen durch Wanderer festgestellt. In anderen Fällen wurden zehn Morgen hoch wertiges Kiefernholz durch einen Feuer zerstört. Die Gründe konnten überall festgestellt werden.

Feuertat bei Berlin. In den vergangenen Nacht ist auf dem Gelände der gemischten Fabrik H. Goldschmidt in Wannsee die neu errichtete Betriebsanlage in Brand geraten. Die Feuerwehr verdrängte das Unheilgelingen des Brandes. Der Schaden geht in die Hunderttausende.

Wald im Auge. In einem Abteil vierter Klasse des auf der Strecke Gommern-Görsen verkehrenden Zuges wurde der Berliner Arbeiter E. Strader, auf dem einen Reisenden die Deckung seiner schweren Kasse verlor, von diesem niedergebrosen. Der Täter wurde verhaftet. In den Klagenschriften des Angeklagten stand ein Silberbarren von 30 Kilogramm Silber.

Sport und Körperpflege.

Gründung einer illustrierten Arbeiter-Sportzeitung. Mit einem Vorlesentzweigen großen Stils beschäftigt sich die Zentralkommission für Sport- und Körperpflege. Es soll ein Zentralorgan im Format der Tageszeitungen erscheinen und reich illustriert werden und vor allem in der Befähigung für den Arbeiterpartei zu werden. Der Verkaufspreis soll 40 Pf. betragen, um eine möglichst große Verbreitung zu sichern. In den Arbeiterverbänden sind zurzeit dreizehn bis vierzig Millionen Arbeiterpartei organisiert, dazu kommen noch eine halbe Million Arbeiter, ein Sport der Arbeiterpartei in Deutschland erlangt hat. Die neue Zeitung wird über alle großen Veranstaltungen im ganzen Reich fortlaufend unterrichten. Die Redaktion bleibt einwinkeln in Leipzig, dem Sitz der Zentralkommission, für Druck und Verlag in Berlin ausüben. Da der hiesige Sport über eine große Ausbreitung nur mit Freuden begrüßt werden. Anlaß der großen Bedeutung des Sports für die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung, wird diesem Zentralblatt der Erfolg sicher sein.

Briefkasten der Redaktion.

Fr. 24. Wir haben Sie nicht für bedacht, über den verstorbenen Sohn von 285. März hinauszuweisen. Genommt haben Sie Anspruch auf die Zeitungsmittel über einen Teil derselben. Wir werden Ihnen, sich in Gütigkeit zu einigen, da Sie mit einer Klage wenig Aussicht auf Erfolg haben.

Fr. 25. 1. Wir raten Ihnen, sich beim Kulturrat nach Auskunft einzubringen. 2. Wegen der von Ihnen angegebenen Bücher werden Sie sich am zweckmäßigsten an die Buchhandlung der „Volkstimme“, die Ihnen entsprechende Bücher vorlegen oder besorgen wird.

Walhalla-Theater.
Täglich
Das Mädel vom Cabarett
Operettenpötte mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Tageshalle 10-1 und ab 6 Uhr.
Beginn 1/8 Uhr.

20. Wiederkehr
des Hessischen Kammervirtuosen
Louis Kummel
von der Staatsoper in Darmstadt,
als Cornet a pistons — Solist in den Konzerten
am Freitag, den 22. Juli nachm.,
Sonabend und Sonntag früh,
in Bad Wittkind,
Sonntag nachm. und abends
im Zoo.
(Abonnenten frei.)

ZOO.
Donnerstag, den 21. Juli 1921
beim Abendkonzert
Gr. Pracht-Feuerwerk
ausgeführt von der Firma Otto Glaser aus
Leipzig.
(Abonnenten frei.)

Stadtschützenhaus!
Franckestr. 1.
Donnerstag, 21. Juli, abends 8 Uhr
Grosses
Gartenkonzert
ausgeführt vom Beamten-Orchester
Ernst Hempel, Oekonom.
Eintritt 2 Mk. — Programm an der Kasse.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verein.**

Verwaltungsstelle: **Merseburg a. S.**

Zu den am 25. Juli 1921 stattfindenden
Wahlen zum Verbandstag in Senn
sind folgende Wahllokale von der Ortsverwaltung festgesetzt worden:

- | | |
|---|---|
| Merseburg
Bärenberg
Eichen
Schafstädt
Vandshät
Mildheim
Reusmark
Gros-Ranna
Braunsdorf
Lauerfurt
Leusnitz
Senna | Tischl. und Verbandsbüro
Rekulant zum Stadlerwerk, Reußberg
Biergarten
Guthaus zur neuen Welt
Rekulant Schumann
Guthof ruter Tischl.
Schumanns Guthof
Guthof Gros-Ranna
bei Kollege Röh in der Siedlung 14
Schützenhaus
im Betriebsbüro
Guthof Tischl. |
|---|---|

Wahlzeit ist von Montag mittag 12 Uhr bis nachmittag 7 Uhr. Eine Mitgliedsbuch darf niemand wählen.

- | | |
|--|---|
| Stufe A.
1. Rosen, Bernhard
2. Roth, Paul
3. Regel, Paul
Erstmann:
Eiseke, Günther | Stufe B.
1. Daniel, Wilhelm
2. Schäfer, Fritz
3. Jäger, Arthur
Erstmann:
Zuguta, Arthur |
|--|---|
- Jeder Stimmzettel darf nicht mehr als drei Namen enthalten und genügt schon die Angabe des Spitzenkandidaten. Ebenso darf nur jeder eine Stimme abgeben.
In Anbetracht der großen Bedeutung der Wahlen hat jeder Kollege zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

**Irrigateure
Spülapparate**
Walle — Bell-Unterlagen
Windelhöhlen — Gummischläuche
sämtl. Bedarfsartikel
für Wöchnerinnen:
in grosser Auswahl billigst.
Ferner:
Baby-Wagen
zum Wiegen auch teilweise.
Hugo Nehab
Nacht.
3 Gr. Ulrichstrasse 3
Marktthale.
Auf Firma und Hausnummer
bitte genau zu achten!

3 Gr. Ulrichstrasse 3
Marktthale.
Auf Firma und Hausnummer
bitte genau zu achten!

Sozialdemokr. Partei Deutschlands S.P.D.
Ortsverein Halle a. S.

Unser diesjähriges
SOMMERFEST
findet am **Sonntag, den 24. Juli 1921** in sämtlichen
Räumen des Etablissements „Hoffjäger“, Lindenstr. statt.
Von nachmittag 3 Uhr an **KONZERT**
der Kapelle Görlach, sowie des „Freien Sängerkhors“
unter Leitung seines Dirigenten **Gustav Lissel**.
Ferner: Freilichtspiel und Reigen der Jugend. Kinder-Belustigungen aller Art,
Preisschiessen, Preisskugel, Blumenverlosung, Glücksrad u. Verlosung
von Wertgegenständen.
Abends von 7 Uhr an **GROSSER BALL**
Eintritt im Vorverkauf 1.— Mark, an der Kasse 1.50 Mark. Kinder unter 14 Jahren haben
während der Nachmittags-Veranstaltungen freien Zutritt, abends nach 7 Uhr haben dieselben
im Saal keinen Zutritt. — Karten sind im Vorverkauf zu haben in der „Volksstimme“,
Grosse Ulrichstrasse und bei allen Funktionären der Partei.
Es ladet freundlichst ein **Der Festausschuss.**

Patent-Geschenke
echt Silber, Alpaka stark
versilbert und Alpaka
naturpoliert
— zu 10 bis 500 Mk. —
in außerordentlich großer
Auswahl.
— sehr billig —
Juwelier Tittel
Spezialhaus
für Patentgeschenke.

Radolin
gegen Fußschweiß,
Bläse etc. —
**Drogerie
Max Rädler,**
nur Rannischstraße 2,
Ecke Eiertstraße.



**Riesen-Auswahl
Jungmann-Bälle**
Mk. 38.- 48.- 58.- 68.- 78.-
Weitspielbälle
M. 75.- 85.- 95.- 125.- 145.- 165.-
Gummibällchen
Fußballstiefel
Jugendstiefel
dauerhaft, billig.
Dreh-, Hosen-, Stiefel-
J. Schärer & Cie.
Gr. Ulrichstr. 40.
Eingang Kaulenberg.

**Reparaturen
an Uhren**
Gold- und
Silberuhren,
sowie
Gehäuse,
übernimmt bei
sich. Ausst. zu normalen
Preisen **H. Lerner**,
Uhren-Reparatur-Betrieb
Grosse Steinstraße 85,
gegenüber Barthelstraße.

Otto Katzala's Tuchhdlg.
Krumpf bei München.
Anfertigung feiner Herren-
und Damen-Garderobe.
Mod. Formen gute Arbeit.
Garantiert guter Sitz.

Maisschrot,
Mals-Mastfutter,
Gerstenfüttermehl,
Trockenschrot,
Körnerfutter etc.
empfehlen
Gebr. Wego,
Schillerstr. 1.

**für Partei-, Gewerkschafts-, Kinder-
und Gartenfeste usw.**
Paternen, Fackeln, Tragfähige, Absteckzettel, Ab-
steckpötte, Gedächtnis, Verlosungen u. viele andere
Artikel, Feinschneidwerk, Zensiblen, Zensiblen,
Festbinden, Eintritte- und Garderobenbüchse,
Gartenband, Fackeln für Gärten und Sandkasten
rationen aller Art, Willkommens-Schilder
billig wie bekannt bei
Paul Lange,
neben Apollo Merseburgstr. 168, nahe Riebeckplatz
Telephon 3477.
Sonntags geöffnet.

Die
millionenfach bewährte
Oel-Wachs-Schuhcreme
Diamantine
in bester Friedensqualität
wieder erhältlich.
Man verlange Dosen mit
eingelegetem Zettel
„Friedensware“
Hersteller **Rud. Starke** Melle i/H.

Am Sonnabend und Sonntag, den 23. und 24. Juli
auf dem Niandplatz
Gewerkschaftsfest in Merseburg
Program:
Sonnabend, den 23. Juli von 5 Uhr abends
an Preisschiessen, musikalische Unterhaltung,
Einführungsballett auf dem Tanzpodium des Fest-
platzes.
Sonntag nachmittag 1/2 Uhr Aufstellen des
Festzuges an der Funkenburg.
Festzug durch die Strassen der Stadt mit 6 Musikkapellen
auf dem Festplatz von 3 Uhr ab. Kindererziehung unter Leitung
des Naturfreunde-Vereins. Preisschiessen. Damengegen-
Tombola. Blumenverlosung. Gesangs- u. rge. Auführungen
der Turner und Radfahrer. Auf dem 600 qm. grossen Tanz-
podium zum 1. Mal in Merseburg
Großstadt-Ball im Freien.
Erstklassige Konzertkapellen bei den Schenkzellen, Volks-
belustigung (Karussell, Schaukeln, Rattenfänger usw.)
Sanitätswache mit Mutterzettel gestellt vom Arbeitersama-
riterband, Köhne Merseburg.
Jedes Kind erhält eine Brezel ein Geschenk, sowie einen
Lampion mit Licht. Die Verteilung findet nur auf den Spiel-
plätzen statt.
Abends 8 Uhr grosser Fackel-Umzug.
Um 11 Uhr grosses Brillant-Feuerwerk.
Zur Deckung der Urkosten werden Festabzeichen à 200 M.
verabreicht, welche bei den gewerkschafts-kassierten, Gewerk-
schaftsbüros sowie den Konsum- u. Kaufstellen zu haben sind.
Kinderkarten werden kostenlos verabfolgt. Alle Kinder
der gewerksch.lich organisierten Kollegen wollen ihre Karten
unter Vorlegen des Mitgliedsbuches bei ihren Vorständen ab-
holen. Nur Kinder, welche im Besitze einer Kinderkarte sind
können die oben bezeichneten Geschenke in Empfang nehmen.
Alle besonderen Programmpunkte sowie die Zeitpunkte
zum Verteilen der Kindergeschenke usw. werden am Zelte
der Festleitung durch Kennen-schlag und Aufziehen eines
Fackels bekanntgemacht.
Gewerkschaftskollegen beteiligt Euch in Massen
und frage ein jeder zu einem guten Gelingen des
Festes bei.
Gewerkschaftskartell und Afa, Merseburg

Wanzen und Brut
deren
verliefert kostenlos nur Kemmlinger Berg's Nicolaas.
Erfolg verbührend, Kinderl. anzuw. Dankschreib
von überall.
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei:
Karl Kuhnt, Gr. Ulrichstraße 51
sonst portofrei bei **Hermann G. Grosse,** Berlin,
Königsgrätzstraße 49.

Stadt-Theater
Donnerstag, den 21. Juli
Anf. 7 1/2 Uhr:
Wilhelm Tell
Freitag:
Der Freischütz.

Musikinstrumente
aller Art
nervensparende Güter
Max Dörfel, Kunsthandl.
Königsplatz 10

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Ortsverwaltung Halle.
Freitag, den 22. Juli abends 7 Uhr in **Witkebergs
Gefellenshaus, Rottstraße 14**
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Arbeitssicherheit, Ausrüstung und die gefeh-
lichen Maßnahmen dazu. Referent **Koll. Koch**
aus Magdeburg.
2. Ausweisung über die aufzufassenden Lohnsätze.
3. Verhandlungsverfahren.
Die Kollegen werden ersucht, Mann für Mann zu erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch des D. M. A. kein Eintritt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle **Raumburg a. S.**
Am Sonntag, den 24. Juli 1921 findet von sonntags
10 Uhr bis nachm. 4 Uhr im „**Goldenen Hahn**“ die
Wahl der Delegierten z. Generalversammlung
statt. Die Kollegen werden ersucht, sich vollständig an der
Wahl zu beteiligen. Die Ortsverwaltung.

Rob. Schmeisser
Halle a. S., Gr. Märkerstr. 5
empfiehlt
Unter-u. Oberleder
für die Schuhmacherei sowie sämtl. Schuh-
macher-Bedarfsartikel zu billigsten Preisen.

Ein Posten
prima Fahrradmäntel (Gebirgs-
reifen) Stück für Stück 65 Mk.
Prima Schläuche 18 Mk. Ausser-
dem billige Mäntel u. Schläuche,
grosse Auswahl. Bei Verzeigung
des Inserates gewähre 5 Prozent.
Paul Rode, Stroiberstr. 14.

Für Wiederverkäufer!
Lederpantoffeln
(sächsisches Fabrikat)
Liefert aus bestem Material in durchgenäht und holo-
genagelt, mit und ohne Futter, sowie gepolstert zu
billigsten Preisen.
Ständiges Lager in Lederhaus- und Spangenschuhen,
Püschpantoffeln und Dachdeckerschuh.
Leder-Pantoffel-Versandhaus
Steinweg 24 HALLE a. S. Steinweg 24.

Stellen finden
Maurer
werden eingestellt
Hensel,
Bausausführungen
G. m. b. H.
Mauerstr. 3-4.
Erfahrenes, älteres
Mädchen
welches auch plätzt, als Wäsche-
mädchen ist gesucht. Wohn-
Gaulenstraße, Sandersdorf
bei Frau Bergwerksbesitzer
Glockenmeier.

Kaufgeheuch
Alle Sorten
**Häute, Felle,
Wolle, Tierhaare**
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglewitz
2 Hagenplanz.
Schluss der Anzeigen-
Annahme 9 Uhr.

Bereins-Anzeiger
zur
bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei,
Beirksverband Halle, Hauptbüro Postfach,
Satz 42/44. Fernruf 6900.
Für die Agitation: Nummer 12
Reinh. Dreißiger, Heinz Wülfel, Schreider.
Kasse: Nummer 38, Herrn Kaufmanns Kaffee-
Schiffstraße 51/52 Leipzig.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschafts-
bunde angehörenden Gewerkschaften sowie der
auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden
gesetzlichen Vereine.

Volmer (Ortsgruppe). Donnerstag, d. 21. Juli
abends 8 Uhr: **Mitglieder-Versamm-
lung** bei „H. König“. Die Wichtigkeit der Tages-
ordnung erfordert das Erscheinen aller Gewerks-
chaftsmitglieder und Bekanntheitsmacher. Die
Versammlung herzlich eingeladen.
Mauendorf. Donnerstag, den 21. Juli, abends
8 Uhr: **Mitglieder-Versammlung**
im „Fränkischen Lokal“. Referent **Oscar** E. S. D.

Partei-Angelegenheiten.

Gesinnungen und Genossen! Küßt zu unserem Sommerfest am Sonntag den 24. Juli!

Reizlos! Morgen, Donnerstag, abends 6 1/2 Uhr Sitzung im Büro. Büchertisches Erscheinen notwendig.

Halle und Gaalreise.

Der Fabrikhof in der Sonne.

Der Fabrikhof dampft im Sommerbrand. Ein paar geliebte Säugekümmern vor den schmuckvollen Ziegelmauern.

Durch die geöffneten Fensterrahmen, die sich öffnen lassen, durch den Wind, der die Blätter der Bäume...

Wenn man die Augen schließt, so hat man den Eindruck, als ob man sich in einem warmen, goldenen Licht befindet.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Die Wärme der Sonne ist ein kostbares Gut, das man nicht leicht genug zu schätzen weiß.

Gegenüber wie die vorgelegte Verhandlung ist auch die Paragrafenmäßigkeit ein Ausmaß der Sondergerichte.

Strahlbare Eigenmächtigkeiten eines Schulpolitikers.

Zu dem Montagabend stattgefundenen Polizeibeamtensversammlung sollten auch die Schulpolitiker in der Kasse II am Kopplatz eine Einladung erhalten.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die Lage im Buchdruckgewerbe ist sich zu.

Es steht jetzt fest, daß die Buchdruckermeister den Schiedsspruch des Arbeitsministeriums, der mit seinem höchsten Satz eine Lohnerhöhung von 10, — pro Woche vorsieht, ablehnen werden.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Der Kampf ist kaum noch zu vermeiden; die „Volksstimme“ in einem bürgerlichen Betrieb hergestellt wird, so sind wir ohnehin schon auf dem Lauf der Dinge.

Mittwoch den 10. bis 18. Sept. d. J. in Halle a. S. Das Interesse für die Beteiligung ist recht lebhaft.

Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkssprache. Nachhereremissionung, Abt. „Röppiger Weg“, am Freitag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im Schützenhaus, Körmertierg.

Der heftige Sommerwettersturm Louis Kimmel von der Staatsoper in Darmstadt vom 22. Juli einschließt 24. Juli als Concert-Programm für die Konzerte in Bad Wittend.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Halle a. S., in der Gen. Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule“ sprechen wird, findet abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“, Nikolaisstr., statt.

100 Mitarbeiter als Feldhüter.

Man denke aber ja nicht, daß diese hundert ehemaligen Offiziere aber nur Reservisten sind.

Man denke aber ja nicht, daß diese hundert ehemaligen Offiziere aber nur Reservisten sind.

Man denke aber ja nicht, daß diese hundert ehemaligen Offiziere aber nur Reservisten sind.

Man denke aber ja nicht, daß diese hundert ehemaligen Offiziere aber nur Reservisten sind.

Man denke aber ja nicht, daß diese hundert ehemaligen Offiziere aber nur Reservisten sind.

Man denke aber ja nicht, daß diese hundert ehemaligen Offiziere aber nur Reservisten sind.

Man denke aber ja nicht, daß diese hundert ehemaligen Offiziere aber nur Reservisten sind.

Man denke aber ja nicht, daß diese hundert ehemaligen Offiziere aber nur Reservisten sind.

Man denke aber ja nicht, daß diese hundert ehemaligen Offiziere aber nur Reservisten sind.

Man denke aber ja nicht, daß diese hundert ehemaligen Offiziere aber nur Reservisten sind.

Man denke aber ja nicht, daß diese hundert ehemaligen Offiziere aber nur Reservisten sind.

Man denke aber ja nicht, daß diese hundert ehemaligen Offiziere aber nur Reservisten sind.

Zur nächsten Besetzungsschreibung.

Der Gemeindevorstand sendet uns folgende Zeilen: Bei Beratung der Besetzungsschreibung ist in der Stadtverordnetenversammlung am 18. Juli behauptet worden, daß sich der Beamtenauswuchs nicht schließt geworden sei, daß er zufrieden ist, wenn die Besetzung nach den Befugnissen des Hausauswuchses ausfallen möge.

Die Besetzung entspricht nicht den Tatsachen. Der Beamtenauswuchs hat vielmehr dem Magistrat sowie auch der Stadtverordnetenversammlung noch verschiedene Wünsche unterbreitet, die nach wie vor aufrecht erhalten werden.

Sträßen- und Kleinbahnen!

Beamte, Anestellte und Arbeiter sollen, nach einem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, das Verbot der Arbeitslosigkeit für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Beamte, Anestellte und Arbeiter sollen, nach einem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, das Verbot der Arbeitslosigkeit für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Beamte, Anestellte und Arbeiter sollen, nach einem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, das Verbot der Arbeitslosigkeit für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Beamte, Anestellte und Arbeiter sollen, nach einem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, das Verbot der Arbeitslosigkeit für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Beamte, Anestellte und Arbeiter sollen, nach einem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, das Verbot der Arbeitslosigkeit für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Beamte, Anestellte und Arbeiter sollen, nach einem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, das Verbot der Arbeitslosigkeit für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Beamte, Anestellte und Arbeiter sollen, nach einem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, das Verbot der Arbeitslosigkeit für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Beamte, Anestellte und Arbeiter sollen, nach einem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, das Verbot der Arbeitslosigkeit für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Verlautbarungen.

Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli.

Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli.

Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli.

Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli.

Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli.

Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli.

Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli. Eine am 16. Juli.

